

Kampf gegen die roten Hezer

Mobilgarde zur Räumung besetzter Werke

Der im französischen Metallindustriegebiet von Valenciennes ausgebrochene Streik gegen die Notverordnungen Daladiers hat weiter um sich gegriffen. Die Besetzungen sämtlicher Metallwerke sind in den Ausnahmestand getreten und haben die Werke besetzt. Zur Räumung dieser Werke sind bedeutende Verstärkungen der Polizei und der Mobilgarde aus ganz Frankreich zusammengezogen worden.

Von den 40 besetzten Fabriken konnten 11 geräumt werden. In einigen Fabriken konnte unter Polizeischutz die Arbeit aufrechterhalten werden. Die Räumung der übrigen Werke scheint auf Schwierigkeiten zu stoßen. Die Streikenden haben auf entfernter liegenden Zugangsstraßen Streikposten aufgestellt. Der Unterpräfekt von Valenciennes hat jedoch einem kommunistischen Bürgermeister und einem kommunistischen Abgeordneten erklärt, trotz aller marxistischen Proteste werde die Räumungsaktion fortgesetzt.

Der Generalstreik droht

Der stellvertretende Sekretär des marxistischen Gewerkschaftsverbandes erklärte in Rouen, daß der Generalstreik, der vom Verwaltungsausschuß des Gewerkschaftsverbandes beschlossen worden sei, und dessen genauer Zeitpunkt am Freitag festgesetzt werde an Ausdehnung alles überstreifen werde, was man gesehen habe. Er werde sich auf sämtliche Wirtschaftszweige erstrecken, und auch die Beamten würden daran teilnehmen.

Inzwischen hat die Regierung eine Kundgebung der Kommunisten und Sozialdemokraten verboten, die am Sonnabend im Pariser Osten stattfinden sollte.

Mobilgarde verhindert Sabotage

Umweit von Lille begannen nunmehr die Besetzungen der Kohlengruben von Anzin, in den Ausnahmestand zu treten. In fünf Gruben wird bereits gestreikt. Drei von ihnen wurden durch Mobilgarde geräumt. Die Zahl der in den Kohlengruben von Anzin Streikenden beläuft sich auf rund 10 000, während in Valenciennes rund 25 000 Streikende gezählt werden. In der Industriestadt Denais besetzten etwa 450 Streikende den Güterbahnhof und versuchten, die Züge am Ausfahren zu hindern. Nach dem Eingreifen der Mobilgarde konnte der Güterverkehr fortgesetzt werden. In einer benachbarten Industriestadt wurden 40 Streikende dabei überrascht, als sie zahlreiche Tonnen auf den Gleisen aufhäuferten und fünf beladene Güterwagen auf einer Weiche zum Entgleisen zu bringen versuchten.

Der „Intransigent“ weist darauf hin, daß die ganzen Streiks nur auf die Provokationen ausländischer extremistischer Elemente in Gewerkschaftskreisen zurückzuführen seien.

Mit Tränengas gegen die Streikenden

Paris. In den Renault-Werken ging die Mobilgarde in der Nacht zum Freitag mit Tränengas gegen die Streikenden vor. Um jeden Schraubstock und jede Werkzeugmaschine müßte gekämpft werden, da die Streikenden sich mit Schrauben und sonstigen Eisenstücken als Wurfgeschosse bedienten. Nach Mitternacht gelang es, auch die letzten Streikenden aus den Werken zu zerstreuen oder sie zu verhaften. Insgesamt wurden 450 Mann abgeführt. Auf Seiten der Polizei sind über 20 Verletzte zu beklagen.

„Matin“ beziffert die Zahl der bei der gewaltsamen Räumung der Renault-Werke verletzten Mitglieder des Ord-

nungsdienstes sogar auf 80. Zur Räumungsaktion wurden insgesamt etwa 500 Mann eingesetzt. Insgesamt sind von der Streikbewegung in Paris 50 bis 60 000 Arbeiter betroffen. Hinzu kommen noch die streikenden Bergarbeiter und die Eisenbahner des nordfranzösischen Industriegebietes, die ebenfalls in den Proteststreik gegen die Notverordnungen getreten sind.

Ministerpräsident Daladier hatte noch am Donnerstagabend Besprechungen mit dem Militärgouverneur von Paris und dem Oberkommandierenden des Militärbezirks von Paris und Umgegend, was darauf hindeutet, daß er notfalls Militär einsetzen wird, um die kommunistischen Hezer zur Raifon zu bringen.

Daladier greift durch

Das Innenministerium kommissarisch dem Ministerpräsidenten übertragen

Der Präsident der Republik Lebrun hat ein Gesetzesdekret unterzeichnet, wonach das Innenministerium interimsweise dem Ministerpräsidenten Daladier übertragen wird. Der Erlass wird Freitag früh im amtlichen Geschäftsblatt erscheinen.

Die Ministerpräsidentenschaft veröffentlicht am Donnerstagabend folgende Verlautbarung: „Streikbewegungen mit Besetzungen von Fabriken sind in den Departements Nord, Seine und Seine-Inferieur ausgebrochen; die von der Regierung vorgesehenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sind sofort angewandt worden. In dem Departement Nord sind 25 Fabriken, die 12 000 Mann beschäftigen, geräumt worden. In dem Departement Seine-Inferieur sind 19 Fabriken oder Werkstätten ebenfalls geräumt worden. In diesem Departement ist keine Fabrik mehr besetzt. In dem Departement Seine sind zehn Fabriken mit im ganzen 5000 Beschäftigten sofort geräumt worden. Die Räumungsmaßnahmen im Renault-Werk sind im Gange.“

Ueber die Lage in den verschiedenen Streikbezirken ist zu melden, daß Donnerstag mittag auch in den meisten Fabriken der Metallindustrie von Paris und Umgebung eine Streikbewegung mit Besetzung der Werke ausgebrochen ist, so in den Renault-Automobilwerken, den Caubron-Flugzeugwerken und der Flugzeugmotorenfabrik Bloch. Vor den besetzten Werken zog sofort Polizei-Ordnungsdienst auf.

Laut Mitteilung des Ministers für öffentliche Arbeiten ist die Eisenbahnlinie Somain-Denain-Anzin requiriert worden durch einen Erlass, der vom Minister für Landesverteidigung gegengezeichnet wurde. Im Gebiet von Valenciennes hatte sich die Streikbewegung auch auf diese Eisenbahnlinie ausgedehnt, so daß der Verkehr von Somain bis zur belgischen Grenze unterbrochen wurde. Streikende versuchten, den Ordnungsdienst zu sprengen, indem sie in Denain einen Eisenbahnwagen vor sich herschoben. Ferner wurde versucht, ein Kraftwagen der Mobilgarde zu zerstören. Bei der Räumung der Metallwerke von Denain mußten starke Polizeikräfte nachdrücklich eingreifen. Als Mobilgarde nachmittags in die Stahl- und Schmiedewerke eindringen wollte, stieß sie auf eine Barrikade aus umgefügten Waggons. Etwa 300 Streikende hatten dort in drohender Haltung Stellung genommen. Am späten Abend ließen die Streikenden mitteilen, daß sie sich der Räumung der Fabriken durch Polizei widersetzen würden.

Endgültige Grenze besetzt

Einmarsch von Polizei und Grenzaufsicht

Nach der Einigung zwischen der deutschen und der tschecho-slowakischen Regierung über die Festsetzung der Grenze zwischen dem Deutschen Reich und der tschecho-slowakischen Republik vollzog sich, wie im Grenzfestsetzungsprotokoll bestimmt, am 24. November die Räumung bzw. die Besetzung. Auf deutscher Seite wurde die Besetzung von der Ordnungspolizei unter dem Kommando des Befehlshabers der Ordnungspolizei in den sudetendeutschen Gebieten, Generalmajor von Pfeffer-Wildenbruch, durchgeführt. Bis auf einen Zipfel in Nordmähren, in dem die Besetzung am Freitagabend zum Abschluß kommt, war der Einmarsch bis Donnerstagabend vollzogen.

Nach der Ordnungspolizei traf der verstärkte Grenzaufsichtsdienst ein, der an der endgültigen Grenze Posten bezogen hat. In einzelnen Fällen, besonders dort, wo es sich um kleinere Dörfer oder unwesentliche Regulierungen

handelte, wurde die Verlegung der Grenzlinie auch allein vom Grenzaufsichtsdienst vorgenommen.

Der Polizei hatte sich auch die Nationalsozialistische Volkshilfsfahrt angeschlossen, die sich sofort zu den Ortsbehörden begab, um dort die Namen der bedürftigen Bevölkerung festzustellen. Der Vormarsch auf die endgültige Grenze zwischen dem Deutschen Reich und der tschecho-slowakischen Republik hat sich reibungslos vollzogen.

Sudetensland endgültiger Bestandteil des Reiches

Nachdem die endgültige Grenze gegenüber der Tschechei festgesetzt worden ist, hat die Reichsregierung durch Gesetz vom 21. November d. J. die staatsrechtliche Vereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich ausgesprochen. Die sudetendeutschen Gebiete sind damit endgültig Bestandteil des Reiches, die alteingesessenen Bewohner des Sudetenlandes deutsche Staatsangehörige geworden. Die nähere Regelung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit ergibt sich aus dem deutsch-tschechischen Staatsangehörigkeitsabkommen.



Die Karte zeigt die endgültige Grenze Deutschland-Tschecho-Slowakei nach den amtlichen Angaben des Grenzfestsetzungs-Protokolls. (Weltbild-Wagenborg-W.)

König Carol auf dem Berghof

Privater Besuch beim Führer und Reichskanzler.

Seine Majestät König Carol II. von Rumänien, begleitet von seinem Sohne, dem Kronprinzen Michael, dem Führer und Reichskanzler auf dem Berghof einen privaten Besuch ab und weilte zum Frühstück auf dem Berghof.

An den Besprechungen und dem Frühstück nahm der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop teil.

Der Führer empfing Pirow

Der Führer und Reichskanzler empfing in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop auf dem Oberfalzberg den zur Zeit als Gast der Reichsregierung auf einer Deutschlandreise befindlichen südafrikanischen Verteidigungs- und Handelsminister Pirow.



Der südafrikanische Minister Dr. Pirow auf der Jagd in Schlesien.

Der zur Zeit in Deutschland weilende südafrikanische Wirtschafts- und Verteidigungsminister Dr. Pirow nahm auf Einladung eines seiner Freunde an einer Jagd in Schlesien teil. Unser Bild zeigt den Minister bei der Begrüßung der Jäger.

Weltbild (M)

Die Ergänzungswahlen zum Reichstag

Eintragung in die Stimmlisten beantragen.

Bei den am 4. Dezember stattfindenden sudetendeutschen Ergänzungswahlen zum Großdeutschen Reichstag sind auch die im Altreich und in Oesterreich ansässigen Sudetendeutschen wahlberechtigt, sofern sie die übrigen Voraussetzungen für das Wahlrecht (deutsches oder artverwandtes Blut, Vollendung des 20. Lebensjahres am Wahltag) erfüllen. Für diese Wahlberechtigten ist eine Abstammungsmöglichkeit in allen größeren Städten des Altreichs und in Oesterreich sowie am Sitze der unteren staatlichen Verwaltungsbehörden (Landrat, Bezirkshauptmann usw.) vorgesehen.

Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, sich in den Stadtkreisen beim Oberbürgermeister, in den Landkreisen beim Landrat zur Eintragung in die Stimmlisten unter Vorlage von Ausweispapieren anzumelden. Ohne Eintragung in die Stimmlisten ist die Ausübung des Wahlrechts nicht möglich.

Ungarns Parlament vertagt

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Zmredy.

Nachdem der ungarische Ministerpräsident dem Reichsverweser den Rücktritt der Regierung Zmredy überreicht und Admiral Horthy erklärt hatte, sich seine Entscheidung über diesen Rücktrittsbefehl vorzubehalten, trat das ungarische Abgeordnetenhaus zu einer Sitzung zusammen. Auf dieser Tagung wurde ein Handschreiben des Reichsverwesers verlesen, in dem mit sofortiger Wirkung die Vertagung des Abgeordnetenhauses bis zum 1. Dezember angeordnet wird.

Man vermutet, daß Horthy dem Ministerpräsidenten Zmredy Gelegenheit geben will, inzwischen eine neue parlamentarische Basis zu finden. Andererseits wird vermutet, daß der Plan besteht, eine sogenannte Konzentrationregierung zu bilden, deren Leitung vielleicht der ehemalige Ministerpräsident Daranyi übernehmen würde.

Logen in Polen aufgelöst

Gesetz über den Schutz staatlicher Interessen.

Der polnische Staatspräsident hat auf dem Wege der Notverordnung zwei Gesetze erlassen, von denen das eine den Schutz staatlicher Interessen, das zweite die Auflösung freimaurerischer Organisationen betrifft.

Das erste Gesetz sieht Freiheitsstrafen zum Teil langfristiger Art, in besonderen Fällen sogar die Todesstrafe vor für Vergehen gegen die wirtschaftlichen Interessen des Staates und gegen die öffentliche Ordnung sowie für Handlungen, die sich gegen das Wohl der Bevölkerung und gegen Einrichtungen richten, die militärischen Zielen dienen.

Das Gesetz über die Auflösung von freimaurerischen Organisationen verfügt die automatische Auflösung aller vorhandenen freimaurerischen Organisationen oder solcher Organisationen, die von Freimaurern abhängig sind. Das Vermögen dieser aufgelösten Organisationen soll der öffentlichen Wohlfahrt zugutekommen.